

**Gemäß § 53 Abs. 4 GOG
an die Abgeordneten verteilt**

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Linder
Kolleginnen und Kollegen
betreffend die Notwendigkeit eines Krisenbewältigungspakets für den heimischen
Tourismus

eingebracht in der Sitzung des Nationalrates am 22. Oktober 2009 im Zuge der Debatte
zum Tagesordnungspunkt 4: Bericht des Tourismusausschusses über den Bericht des
Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Lage der Tourismus- und
Freizeitwirtschaft in Österreich 2008 (III-95/368 d.B.)

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben nun mehr auch die
heimische Tourismuswirtschaft erreicht. So geht aus dem Bericht des Bundesministers
für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft
in Österreich 2008 hervor, dass „deutliche **Nachfragerückgänge** im I. Quartal 2009
(reale Tourismusexporte – 12,8 %) sowie **der herrschende Pessimismus** der
befragten Hotellerie- und Gastronomiebetriebe in Bezug auf die erwartete touristische
Nachfrageentwicklung bis zum Sommer 2009 aufzeigen, dass sich der österreichische
Tourismus der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht entziehen kann.“

Die Zahlen belegen diese Tatsache eindrucksvoll!

In der diesjährigen Sommersaison (Mai bis Juli) ist die Zahl der Übernachtungen um 5,2
Prozent auf 29,3 Millionen zurückgegangen. Die Ankünfte verringerten sich um 3,3
Prozent auf 8,3 Millionen, was den Werten der Jahre 2007 beziehungsweise 2003
entspricht. Nach Wifo-Berechnung sanken die Tourismus-Umsätze um 5,3 % auf 5,2 Mrd.
Euro. Die Nächtigungen gingen von Jänner bis Juli dieses Jahres um 3,7 % zurück.
Auch wenn die Augustzahlen 2009 einen Teil dieser Rückgänge kompensieren konnten,
so ist in diesem Jahr dennoch mit einem Rückgang der Tourismusexporte 2009 um real
zumindest 5 % zu rechnen.

Dazu kommen Unsicherheiten insbesondere in Hinblick auf die Entwicklung der Zahlen der deutschen Touristen, die in Österreich einen relativ hohen Nächtigungsanteil haben und 54 % der ausländischen Nachfrage abdecken. Aufgrund der Tatsache, dass Deutschland von der Finanz- und Konjunkturkrise relativ stark betroffen ist, wird dies auch Österreich verstärkt zu spüren bekommen.

Zusätzlich werden die nicht gerade rosigen Aussichten für den heimischen Tourismus durch die wirtschaftliche Situation der Hotellerie und Gastronomie verschärft, wie aus dem gegenständlichen Bericht hervorgeht.

So ist insbesondere die Hotellerie von der derzeitigen Kreditklemme betroffen und „profitiert von den Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank derzeit nicht“, wie seitens der Hoteliers kürzlich festgestellt wurde.

„Während die Geldmarktzinsen im Laufe der letzten Jahre einen sinkenden bzw. stabilen Verlauf nahmen, haben sich die der Hotellerie verrechneten Zinsen deutlich erhöht,“ bestätigt der Tourismusbericht 2008 diese Position und kommt zu dem Ergebnis, dass sich bei verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das im Durchschnitt ohnedies knappe Ergebnis verschlechtern wird. **Dies wird die wirtschaftliche Stabilität einiger Unternehmen auf einen harte Probe stellen.“**

Ebenso wie die Hotellerie hat auch die Gastronomie insbesondere hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung mit teils großen Problemen zu kämpfen.

Auch wenn für diesen Bereich im vorliegenden Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Einnahmen und in der Folge auch die wirtschaftlichen Ergebnisse gegenüber den Vorjahren verbessern, so ist es nach wie vor erschreckend, dass die Betriebe bis zu einem Umsatz von zwei Mio Euro über eine negative Eigenkapitalausstattung verfügen.

Gastronomiebetriebe mit einem Umsatz bis zu 0,3 Mio Euro haben eine Eigenkapital-Ausstattung von – 12,4 %!

Dazu kommt, dass laut Bericht diese Statistiken zugunsten der großen und umsatzstarken Betriebe verzerrt sind, da nur die bilanzierenden Unternehmen erfasst werden.

Angesichts dieser Fakten mag es nicht überraschen, dass das Gastgewerbe mit 945 Insolvenzen massiv am Insolvenzgeschehen teilnimmt und im Vergleich mit anderen Branchen eine vordere Positionierung in der Statistik einnimmt.

Vor dem Hintergrund der dargelegten Fakten, im Interesse der Unterstützung der heimischen Tourismuswirtschaft und im Sinne der Bewältigung der Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

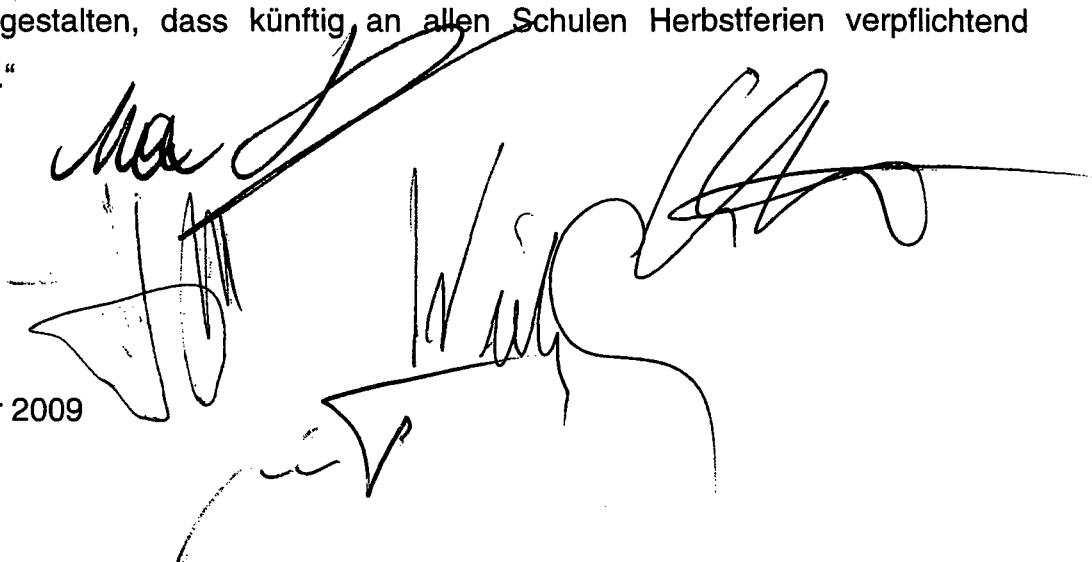
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung bzw. die jeweils ressortzuständigen Bundesminister werden aufgefordert, nachstehende Maßnahmen eines Tourismus-Krisenbewältigungspakets umzusetzen bzw. die entsprechenden Gesetzesentwürfe im Sinne der Umsetzung dieser Maßnahmen umgehend dem Nationalrat zuzuleiten:

1. Die für dieses Jahr budgetierte Sonderdotierung des Budgets für die Österreich Werbung ist jedenfalls auch für das Jahr 2010 sicherzustellen.
2. Darüber hinaus ist alles daran zu setzen, die dringend erforderliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für die Österreich Werbung um zehn Millionen Euro jährlich herbeizuführen.
3. Die Werbemittel sind insbesondere vor dem Hintergrund der zu erwartenden negativen Effekte der Wirtschaftskrise auf die Anzahl der Urlaubsgäste aus Deutschland verstärkt in den Nahmärkten einzusetzen und ist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Einsparungen bei der Anreise sowie die spezifische Attraktivität im österreichischen Tourismus hinzuweisen.
4. Im Interesse der vornehmlich klein- und mittelständisch strukturierten Gastronomie und Hotellerie sowie im Sinne einer Abkehr vom gegenwärtigen Modell einer grundsätzlich abstrakten d.h. ohne konkreten Bezug zur Person bzw. zum Unternehmen und ohne Berücksichtigung des langfristigen Entwicklungspotentials erfolgenden Risikobewertung ist im Sinne der Erleichterung der Zurverfügungstellung von Investitionskapital ein sofortiger Abschied von „Basel II“ zu vollziehen.

5. Angesichts der nach wie vor bestehenden Kreditklemme mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Hotellerie ist die Anwendbarkeit des kürzlich beschlossenen Liquiditätsstärkungsgesetzes auch auf KMUs und EPUs auszuweiten, um die Liquidität gerade der Tourismusbetriebe deutlich zu stärken.
6. Zur Verbesserung der Attraktivität von Krediten ist die staatliche Kreditvertragsgebühr im Sinne des Gebührengesetzes abzuschaffen, da diese Gebühr Kredite unnötig verteuert, womit negative Auswirkungen auf die Investitionsfreudigkeit verbunden sind.
7. Weiters ist die Möglichkeit der vorzeitigen Absetzung für Abnutzung (AfA) durch eine Investitionsprämie (10 % der Investitionssumme) zu ersetzen, da diese auch jenen zugute kommt, die keinen Gewinn machen.
8. Die verpflichtende Abhaltung von Schulskikursen bzw. Wintersportwochen ist – wie es bereits früher der Fall war – gesetzlich zu verankern, mit der Zielsetzung, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal während des Volksschulbesuchs sowie jeweils einmal in der Unterstufe der AHS bzw. Hauptschule und in der Oberstufe der AHS bzw. der BHS in den Genuss solcher Veranstaltungen kommen.
9. Auf Europäischer Ebene sind Maßnahmen aktiv voranzutreiben, die durch eine entsprechende Abstimmung der Ferienzeiten eine Entzerrung der Urlauberströme gewährleisten.
10. Im Interesse insbesondere der in der Gastronomie und der Hotellerie selbstständig bzw. unselbstständig Beschäftigten sowie deren Familien ist eine neue Ferienordnung dahingehend zu gestalten, dass künftig an allen Schulen Herbstferien verpflichtend eingeführt werden.“



Wien, 22. Oktober 2009